

Steffen Rink, Vorsitzender

Am Hasselhof 13 – 35041 Marburg
Tel.: (06421) 931056 – (01577) 1528335
steffen.rink@web.de

2. Oktober 2009

Medien-Information

Grüne müssen mal in den Spiegel schauen

Balken und Splitter: Nicht die SPD, die Grünen setzen die Koalition aufs Spiel

Der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen in Marburg, Dietmar Göttling, hat am 1. Oktober erklärt, dass "Teile der SPD" sich nicht an getroffene Absprachen halten und damit die rot-grüne Koalition in Marburg in Frage stellen. Zudem würde die SPD ihrem Oberbürgermeister, Egon Vaupel, in den Rücken fallen.

Die Marburger SPD ist verwundert, dass der grüne Koalitionspartner das Thema der Verlässlichkeit in der Koalition in dieser Weise in die Öffentlichkeit trägt. Aus Sicht der SPD sind es die Grünen, die in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder getroffene Absprachen in Zweifel ziehen und Entscheidungen verzögern. Deshalb müssen sich die Grünen fragen lassen, ob nicht vielmehr sie selbst die Koalition gefährden und dies lediglich der SPD in die Schuhe schieben wollen.

Beispiel Altenhilfe: Nach monatelangem Stillstand in den Verhandlungen über die Zukunft der Marburger Altenhilfe hat der Aufsichtsrat im Mai diesen Jahres einen Beschluss gefasst, der auf den sog. Krekel-Papieren aufsetzt. Diese sog. Krekel-Papiere formulierten eine Kompromisslinie, die in die Beratungen des Aufsichtsrates der Marburger Altenhilfe eingebracht wurden. Damit war überhaupt erst einmal wieder Bewegung in die festgefahrene Situation gekommen. In den Beratungen des Aufsichtsrates wurde dies dann – aus Sicht der Grünen – zu ihren Ungunsten verändert. Die SPD hat deshalb toleriert, dass sich das grüne Aufsichtsratsmitglied Matthias Knoche in der Abstimmung des Gremiums enthalten hat – an der Entscheidungsfindung hingegen war er beteiligt. Es sind deshalb die Grünen, die jetzt die Entscheidung der Marburger Altenhilfe missachten und auf Biegen und Brechen ihre Vorstellung durchsetzen wollen.

Jenseits von gebetsmühlenartig wiederholten Platzzahlen hat für die SPD die Wirtschaftlichkeit der Marburger Altenhilfe mit ihren Einrichtungen, die Sicherheit der Arbeitsplätze und das Angebot einer qualitativ hochwertigen Altenhilfe und Altenpflege Vorrang. Die SPD trägt ein Haus am Richtsberg mit 40 Plätzen selbstverständlich mit, wenn es sich wirtschaftlich darstellen lässt – so hat es auch die Marburger Altenhilfe beschlossen. Wer behauptet, allein und ausschließlich 40 Plätze seien für den Standort Sudetenstraße beschlossen worden und sich dabei auf strittige Protokollnotizen beruft, verlässt die Basis der gemeinsam gefundenen Entscheidung.

Hinzu kommt seit heute, dass die Grünen nunmehr offenbar versuchen, durch Kritik am Standort Cölbe das Gesamtprojekt zu Fall zu bringen. Damit wäre jedoch das Grab der Marburger Altenhilfe vorbereitet.

Geschäftsstelle:

Frankfurter Straße 47 – 35037 Marburg
Tel.: (06421) 169900 – geschaeftsstelle@spd-marburg.de – www.spd-marburg.de



Beispiel Bürgerschaft: In der Koalition war das Vorgehen eindeutig abgestimmt, wie mit dem Wunsch der GeWoBau nach einer Bürgerschaft zur Absicherung des Bauvorhabens der Altenhilfe in Cölbe umgegangen werden soll. In der entscheidenden gemeinsamen Sitzung am 14. September, nachdem die Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme hatten, gab es von grüner Seite keinen Widerspruch, der GeWoBau eine Bürgerschaft zu gewähren. Wohl aber haben die Grünen keine 24 Stunden vor der entscheidenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 22. September mitgeteilt, dass sie auf Grund neu aufgetauchter Fragen einer Bürgerschaft derzeit nicht zustimmen könnten. Das hätte das Ende des Projektes und damit ein zweites Grab der Marburger Altenhilfe bedeuten können, wenn nicht der Oberbürgermeister in letzter Minute eine Lösung gefunden hätte, mit der eine Verschiebung der Entscheidung möglich wurde.

Beispiel Windkraft: Absprache war, dass die Visualisierung der 180 Meter hohen Windräder auf den Standorten der Lahnberge in zentraler Baustein der gesamten Entscheidungsfindung sein wird. Auch wenn die Ausweisung von Vorranggebieten im Regionalplan keine definitive Entscheidung über die Errichtung der Windkraftanlagen ist, handelt es sich um einen wichtigen Zwischenschritt. Im Verantwortungsbereich der Grünen wurde den Stadtverordneten, der Partei und der Öffentlichkeit die Visualisierung vorenthalten, die schon seit langem erstellt worden war – offenbar so lange, um die Abstimmung über den Regionalplan nicht zu gefährden. Jetzt versucht der grüne Bürgermeister, mit einer Informationsveranstaltung und einer Ausflugsfahrt ins Siegerland für die Parlamentarier die Wogen zu glätten und holt das nach, was vor Wochen bereits hätte geschehen können.

Beispiel Seilbahn: Hierüber gibt es keine Absprache. Wohl aber gibt es schon heute die grüne Drohung, dass die Nichtbewilligung von Planungsmitteln im kommenden Haushalt 2010 einen Koalitionsbruch bedeuten würde. Noch bevor die Haushaltsverhandlungen im November 2009 begonnen haben.

Aus Sicht der SPD sind es also die Grünen, die gefasste Beschlüsse in Frage stellen und Absprachen missachten. Deshalb müssen die Grünen die Frage der Gefährdung der Koalition selbst beantworten.

Der Vorstand der Marburger SPD stützt das Vorgehen der Fraktion im Vorfeld der Stadtverordnetenversammlung vom 25. September, die Entscheidung über die Ausweisung von Windkraftgebieten im Regionalplanentwurf zunächst zu verschieben, weil Absprachen nicht eingehalten wurden. Dabei stellt die SPD klar, dass wir uns eindeutig für den Einsatz von Windenergie als zentralem Bestandteil regenerativer Energien einsetzen. Genauso sind wir für dezentrale Energiegewinnung. Deshalb unterstützt die SPD die Pläne der Stadtwerke Marburg, solche Anlagen in der Region zu errichten – und zwar dort, wo der Energieertrag ausreichend ist. Deshalb will die SPD eine neue Windpotenzialanalyse. Weit reichende Entscheidungen können nicht auf einer 10 Jahre alten Datenbasis erhoben werden. Das zeigen die Windräder in Wehrda. Deshalb hat die Marburger SPD beschlossen, dass nach geeigneten Flächen in der Region gesucht werden muss und will dies auch im Stadtparlament abstimmen lassen.

Die Marburger SPD verwahrt sich aufs deutlichste dagegen, uns die Verantwortung für eine eventuelle **Beschädigung des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters** zuzuschieben. Vielmehr gilt: Egon Vaupel hat unter hohem persönlichen Einsatz immer wieder versucht, die durch das Verhalten der Grünen entstehenden Verwerfungen zu glätten und auf neue Forderungen der Grünen neue Kompromisslinien zu finden, um die im Grundsatz gute Arbeit der Koalition, die sich nicht an den dargestellten Konfliktthemen erschöpft, nicht zu gefährden. Die Grünen haben dabei billigend in Kauf genommen, dass der Oberbürgermeister zu Handlungen veranlasst wurde, die dann nicht immer ausreichend mit der Partei und der Fraktion abgestimmt werden konnten und somit auch Anlass punktueller Kritik waren. Daraus jetzt öffentlich das Bild zu verbreiten, die SPD stelle das Wort und die Integrität ihres eigenen Oberbürgermeisters in Frage, ist für die SPD nicht hinnehmbar.

Darüber hinaus nehmen es die Grünen durch ihre Hinhaltenaktik im Bereich der Altenhilfe offenbar ebenso billigend in Kauf, dass die **Dezernentin Dr. Kerstin Weinbach** bloßgestellt wird. Eines der Ziele der Arbeit von Kerstin Weinbach war immer gewesen, auch in schwierigen Situationen möglichst alle Beteiligten einzubinden und für alle tragfähige, dauerhafte Lösungen zu finden. So sollte beispielsweise auch unser grüner Koalitionspartner anerkennen, dass rot-grün im Aufsichtsrat der Marburger Altenhilfe keine eigene Mehrheit hat. Kerstin Weinbach hat durch ihren beharrlichen Einsatz im Bereich der Marburger Altenhilfe, der allzu leicht zu unrecht kritisiert wurde, die Marburger Altenhilfe auf einen Weg gebracht, der eine gute und nachhaltige Zukunft dieser sozialpolitisch wichtigen städtischen Gesellschaft ermöglicht. Dabei hat sie unter anderem auf dem aufgesetzt, was unter dem grünen Interimsgeschäftsführer Matthias Knoche vorbereitet wurde. Die Marburger SPD spricht deshalb Dr. Kerstin Weinbach ihr volles Vertrauen aus.

Im Zuge der nach Auffassung der SPD **maßgeblich von den Grünen provozierten Konflikte** in der rot-grünen Koalition ist in der SPD-Fraktion auch die Unzufriedenheit über die Arbeit des Fraktionsvorsitzenden gewachsen. Die Fraktion wird hierzu die Entscheidungen treffen, die sie für angemessen und richtig hält. Der Vorstand der Marburger SPD hat auf seiner Sitzung am 1. Oktober noch einmal den Landtagsabgeordneten Dr. Thomas Spies beauftragt, seine bereits laufenden Vermittlungsbemühungen fortzusetzen. Der Vorstand ist Dr. Thomas Spies außerordentlich dankbar, dass er seine Erfahrung und seinen im aktuellen Konflikt neutralen Status einsetzt. Umso mehr ist es bedauerlich, dass es in den Kontakten bislang nicht gelungen ist, klärende Gespräche und die Anwesenheit bei wichtigen Sitzungen zu verabreden.

Die rot-grüne Koalition hat die Universitätsstadt Marburg zu einer wirtschaftlich leistungsfähigen, liebens- und lebenswerten Stadt mit einer herausragenden kulturellen und sozialen Infrastruktur entwickelt. Die SPD steht dafür, diesen erfolgreichen Weg auch in Zukunft fortzusetzen.

Marburg, 2. Oktober 2009



(Vorsitzender der Marburger SPD)